

- Neuer Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA wurde Yang Baibing (66), bisher Politikommissar der Militärregion Beijing (RMRB, 28.11.87). Yang ist ein jüngerer Bruder von Yang Shangkun und gelangte auf dem XIII. Parteitag zum ersten Mal in das Zentralkomitee. Yang ist seit über 30 Jahren Politikommissar innerhalb der VBA. Er löst Yu Qiuli (74) im Amt des obersten Politikommissars der VBA ab. Yu Qiuli, der zu den orthodoxen Kräften zu zählen ist, war auf dem XIII. Parteitag der KPCh sowohl aus dem Politbüro als auch aus dem Zentralkomitee ausgeschieden.

- Neuer Chef der Logistikabteilung der VBA wurde der bisherige stellvertretende Direktor dieser Abteilung, Zhao Nanqi (53?) (RMRB, 28.11.87). Er gehört dem ZK seit dem XII. Parteitag an (1982) und löst Hong Xuezhai als VBA-Logistikchef ab. -sch-

* (20)

Zusammensetzung der Führung der ZK-Militärkommission

Nach den Personalentscheidungen der Parteiführung Ende November 1987 im Hinblick auf die partielle Neubesetzung der VBA-Spitze setzt sich die Führung der ZK-Militärkommission wie folgt zusammen:

- Vorsitzender: Deng Xiaoping
 - 1.stellv.Vors.: Zhao Ziyang
 - Ständiger stellv.Vors.: Yang Shangkun
 - Generalsekretär: Yang Shangkun
 - Stellv.Gen.sekr.: Hong Xuezhai
 - Liu Huaqing
- sch-

* (21)

Sohn von Liu Shaoqi wurde stellvertretender Gouverneur der Provinz Henan

Liu Yan (37), der jüngste Sohn des 1969 wegen unterlassener ärztlicher Hilfeleistung verstorbenen früheren Staatspräsidenten Liu Shaoqi, wurde Ende Januar 1988 zum stellvertretenden Gouverneur der Provinz Henan gewählt. Liu arbeitet seit 1982 in Henan, wo er zuletzt stellvertretender Bürgermeister von Zhengzhou war. (TKP, 4.2.88)

Liu Shaoqi war im Verlauf der Kulturrevolution von Mao Zedong und seinen Anhängern gestürzt und zunächst unter Hausarrest gestellt

worden. Später wurde Liu eingekerkert und schwer mißhandelt. Unter entwürdigenden Bedingungen verstarb Liu Shaoqi schließlich in einem Gefängnis in Kaifeng, Provinz Henan. Im Februar 1980 wurde Liu Shaoqi auf der 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees posthum rehabilitiert.

* (22)

Keine Änderung der Geburtenplanungs politik

Auf einer Sitzung der Staatlichen Kommission für Familienplanung hat Li Peng betont, daß es keine Änderung in der Politik der Geburtenplanung geben werde. Gegenwärtig befinde sich China auf einem Geburtenhoch, und deshalb werde an den geltenden Vorschriften uneingeschränkt festgehalten. Im einzelnen sieht die staatliche Familienplanungspolitik folgende Restriktionen vor: Spätheirat und späte Geburten, wenig Geburten und gesunde Geburten, ein Kind pro Ehepaar, lediglich auf dem Lande können besondere Schwierigkeiten berücksichtigt und ein weiteres Kind gestattet werden. Li Peng wies auf die Erfolge der Geburtenplanung seit Ende der siebziger Jahre hin. Die natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung sei von 2% in der Periode von den fünfziger bis in die siebziger Jahre auf 1,1 - 1,4% gesunken und liege damit unterhalb der durchschnittlichen natürlichen Zuwachsrates der Weltbevölkerung. Gäbe es in China keine Familienplanung, so würde es auf der Grundlage der natürlichen Zuwachsrates des Jahres 1970 heute über 200 Millionen Menschen mehr in China geben. Unter diesen Umständen würde jeglicher Produktivitätszuwachs zunichte gemacht und könnte auch der Lebensstandard der Bevölkerung nicht verbessert werden.

Nach wie vor seien traditionelle Anschauungen ein Haupthindernis bei der strikten Durchsetzung der Familienplanungspolitik. Diese sei daher eine Massenarbeit und könne nur mit den Methoden der Propaganda und Erziehung, nicht aber mit Zwang und Befehlen durchgeführt werden. Familienplanung sei eine Sache, die vom Selbstbewußtsein und der Freiwilligkeit der Massen abhängen. Der Schwerpunkt der Arbeit müsse weiterhin auf dem Lande liegen, betonte Li Peng. (RMRB, 21.1.88) -st-

* (23)

"Viererbande" nach wie vor in Haft

Das weltweite Gerücht, daß Mitglieder der "Viererbande" (Jiang Qing, Zhang hunqiao, Wang Hongwen und Yao Wenyuan) aus gesundheitlichen Gründen aus dem Gefängnis entlassen worden seien, wurde von einem Sprecher des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit Anfang Januar als "völlig grundlos und unsinnig" abgetan. Grundlos sei auch eine weitere Fama, daß nämlich eines der zehn Hauptmitglieder der "konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing", die 1981 von einem Sondergericht verurteilt worden sind, Selbstmord begangen habe.

Allerdings sei der ehemalige Generalstabschef der VBA und enge Mitarbeiter Lin Biaos, Huang Yongsheng, 1983 im Alter von 72 Jahren an einer Krankheit gestorben.

Sämtliche Mitglieder der "Viererbande" hatten dem Politbüro angehört, bevor sie 1976 verhaftet wurden. Am 25. Januar 1981 waren Jiang Qing und Zhang Chunqiao zum Tode verurteilt, das Urteil aber auf zwei Jahre ausgesetzt und später in lebenslanges Gefängnis umgewandelt worden. Wang Hongwen wurde von vornherein zu lebenslangem Gefängnis, Yao Wenyuan zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Alle Vier waren des Versuchs für schuldig befunden worden, die höchste Macht von Partei und Staat durch eine Verschwörung an sich zu reißen, und außerdem während der Kulturrevolution (1966-76) über das ganze Land "Not und Elend gebracht" zu haben.

Kultur

* (24)

Wang Meng über Schwerpunkte der Kulturarbeit 1988

Zu Beginn des neuen Jahres gab Kulturminister Wang Meng der *Guangming-Zeitung* ein Interview, in dem er über die wichtigsten Aufgaben in der Kulturarbeit für das Jahr 1988 sprach. Im Rückblick auf das Jahr 1987 äußerte er sich über zwei Entwicklungen zufrieden: 1. habe sich die Kulturarbeit weiterhin stabil entwickelt, und 2.

habe man in bezug auf kulturelle Aktivitäten neue Wege beschritten, wie sich am Beispiel der ersten chinesischen Festspiele gezeigt habe. In diesem Zusammenhang hob der Minister besonders hervor, daß mitten in der Vorbereitungsphase zu den Festspielen die Partei mit der ideologischen Erziehung zum Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung begonnen habe und damals viele Menschen besorgt gewesen seien. In dieser Situation jedoch sei das Kulturministerium mit der Arbeit fortgefahren, und dies habe im Kulturleben eine stabilisierende Funktion gehabt.

Bedauert habe er hingegen, daß die Reform bei den Ensembles der darstellenden Künste so wenige Fortschritte gemacht habe. Immer noch herrschten in den Theatern und bei anderen Ensembles das Prinzip der "eisernen Reisschale", Personalüberschuß und mangelnde Flexibilität. Deshalb werde das Kulturministerium im neuen Jahr das Schwergewicht auf die Reform des Kultursystems legen, und zwar besonders auf die Reform der Künstler- und Theaterensembles und deren Arbeits- und Personalsystem. Wie im Sport gelte es auch im Kulturbetrieb das Konkurrenzprinzip einzuführen und jeglichen Egalitarismus abzuschaffen. Der Egalitarismus sei die Ursache für den großen Personalüberschuß beim Theater. Das Personalproblem sei allerdings nicht vom Kulturministerium allein zu lösen. Zur Reform des Kulturbetriebs gehöre auch das Problem, wie die Prinzipien der geplanten Warenwirtschaft auf das künstlerische Leben anzuwenden seien, ohne daß Kultur und Kunst einfach zu einer Ware würden, sondern daß vielmehr die gesellschaftliche Wirkung an die erste Stelle trete. Diese zugleich praktische und theoretische Frage müsse weiter untersucht und diskutiert werden, und das brauche längere Zeit.

Eine weitere Reformmaßnahme betreffe den Funktionsbereich des Kulturministeriums als Regierungsorgan. Gegenwärtig sei es so, daß die Beziehungen zwischen dem Kulturministerium und den Kulturbehörden auf Provinzebene und den kulturellen Institutionen umfassend seien, d.h. das Kulturministerium kümmere sich um alles - bis in den persönlichen Bereich hinein -, so daß es seine eigentlichen Aufgaben nicht ausreichend wahrnehmen könne. Dieser Zustand soll durch die Reform dahingehend

verändert werden, daß die Ensembles einen großen Teil der sozialen Aufgaben übernehmen und das Kulturministerium und die Kulturbehörden zu reinen Verwaltungsorganen werden. Sie sollen gute kulturelle und künstlerische Aktivitäten unterstützen und schädliche unterbinden und von direkter Kontrolle zu indirekter Verwaltung übergehen.

Darüber hinaus erwähnte Wang Meng noch folgende Probleme, die im neuen Jahr in Angriff zu nehmen seien: eine intensivierte Gesetzgebung im kulturellen Bereich, die weitere Untersuchung und Lösung der Frage des kulturellen Marktes, die in zunehmender Zahl auftretenden Discos und Bücher- und Zeitungsstände, die man einerseits genehmigen, andererseits aber auch gut beaufsichtigen sollte, ferner die Anleitung der Menschen, den Anteil des kulturellen Konsums im Alltagsleben zu erhöhen, was nicht zuletzt auf die Anhebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung positive Auswirkungen hätte. Auch der Denkmalschutz, Kulturaustausch und die Gewinnung gesellschaftlicher Kräfte für kulturelle Aktivitäten aller Art seien Bereiche, um die sich das Kulturministerium verstärkt zu kümmern habe.

Schließlich nannte der Kulturminister noch einen Punkt, der ihm für das neue Jahr besonders am Herzen liegt, nämlich den Dialog zwischen Kulturministerium und den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern, um die Transparenz zu erhöhen. (GMRB, 1.1.88)

Die Verwaltungsreform der Theater stand auch im Mittelpunkt einer Telefonkonferenz, die Kulturminister Wang Meng mit den Leitern der Kulturbehörden auf Provinzebene am 8.1.88 abhielt (vgl. RMRB, GMRB, 9.1.88). Als wichtigstes Ziel der Reform wurde dabei die Erweiterung der Kompetenzen der Theater und Künstlerensembles herausgestellt. So sollen die künstlerischen Aktivitäten und die Verwaltung in die Eigenverantwortung der Theater fallen, es soll das Verantwortungsprinzip des Theater- und Ensembleleiters eingeführt werden, die Schauspieler sollen auf Vertragsbasis eingestellt werden, d.h. das Prinzip der lebenslangen Beschäftigung soll keine Geltung mehr haben. Insgesamt soll die Verwaltung der Theater und sonstigen Ensembles dezentralisiert

werden, indem sich das Kulturministerium aus der Tagesarbeit zurückzieht und statt dessen Vorstände, Verwaltungsräte und Aufsichtsräte eingerichtet werden.

Wie der Minister ankündigte, will er demnächst in einem Gespräch mit Theaterleuten und Künstlern und im April oder Mai auf einer Konferenz mit den Leitern der Kulturbehörden auf Provinzebene alle diese Probleme weiter diskutieren. Die Reform der Verwaltung und des Systems der Theater und anderen Künstlerensembles wurde bereits vor drei Jahren ins Auge gefaßt (vgl. C.a., 1985/4, Ü 23). Leitgedanke dabei ist, im Theaterbetrieb das Prinzip der Wirtschaftlichkeit einzuführen und von der staatlichen Finanzierung wegzukommen. Das schwierigste Problem der Reform scheint der Personalabbau in den Theatern zu sein. -st-

*(25)

Stärkere Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gefordert

Wissenschaft und Technik sollen nicht nur wirtschaftsorientiert sein, sondern sich in die Wirtschaft integrieren. Dies forderte Guo Shuyan, der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, als er zum Jahreswechsel die Schwerpunkte der Arbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik für das Jahr 1988 erläuterte. Um eine stärkere Integration der beiden Bereiche zu erreichen, befürwortete er die Errichtung technischer Betriebe der verschiedensten Eigentumsformen - von Staats- über Kollektiv- und Gemeinschaftsunternehmen bis hin zu Privatbetrieben, wobei er allerdings das öffentliche Eigentumssystem als Hauptsystem gewahrt wissen wollte.

Ausgangspunkt für diese abermals erhobene Forderung ist die nach dem Urteil der Kommission für Wissenschaft und Technik bisher unzureichende Verschmelzung von Wissenschaft und Technik mit der Wirtschaft. Das wissenschaftlich-technische Potential werde immer noch nicht genügend für die Wirtschaft genutzt. Deshalb müsse im neuen Jahr die Reform des Wissenschafts- und Wirtschaftssystems weiter vorangetrieben werden mit dem Ziel, beide Bereiche stärker zu integrieren. Vor allem sollen im Bereich der Wissenschaft und Technik Wettbewerbs- und Marktmechanismen eingeführt werden,

also technische Neuerungen vermarktet und möglichst schnell an die Produktion weitergegeben werden, und die Wissenschaftsorganisation und Personalverwaltung flexibler gestaltet werden.

Um das Engagement der Wissenschaftler und Techniker für die Wirtschaft und die Produktion zu steigern, sollen viele Möglichkeiten erlaubt sein. So können ggf. Forschungsinstitute von fachlich nahestehenden Betrieben auf freiwilliger Grundlage übernommen werden; technische Forschungseinrichtungen können mit Betrieben vertikale oder horizontale, aber auch regionale Verbindungen eingehen oder selbst Betriebe gründen oder Betriebe übernehmen; auf diese Weise würden die Produktion technisch hochwertiger Güter und damit der Zugang zum internationalen Markt erleichtert. Vor allem sollen die Wissenschaftler und Techniker ermuntert werden, ihre Forschungseinrichtungen zu verlassen und selber wissenschaftliche Organisationen und Betriebe zu gründen.

Als Beispiele, wie unter Wissenschaftlern und Technikern eine größere Mobilität zu erzielen sei, nannte Guo Shuyan die Provinzen Hebei und Liaoning. In Hebei gibt es die Erfahrung, daß man wissenschaftlich-technisches Personal dazu bringt, sich für eine gewisse Zeit vertraglich zu verpflichten, aufs Land und in Fabriken zu gehen. In Liaoning werden Wissenschaftler und Techniker bei Weiterzahlung des Gehalts und Reservierung ihres Postens für besondere Aufgaben, z.B. in armen Gebieten, auf dem Lande oder in kleinen und mittleren Betrieben, eingesetzt; auch Neben- und Freizeittätigkeiten werden ihnen erlaubt. (GMRB, 2.1.88)

Die Reform des Wissenschaftssystems, die das ZK im März 1985 beschlossen hat, scheint nur langsam Fortschritte zu machen. Ziel der Reform ist es, die wissenschaftlichen Einrichtungen so weit wie möglich von staatlichen Zuwendungen unabhängig zu machen und das wissenschaftlich-technische Personal durch mehr Mobilität in schwachen und unterentwickelten, aber auch wirtschaftlich zukunfts-trächtigen Bereichen einzusetzen, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. "Vom Wissenschaftler zum Unternehmer" - das ist der Typ von Wissenschaftler, der heute gefragt ist. Außerdem

soll er bereit sein, auch in unterentwickelte Gebiete zu gehen. Beides ist nicht unbedingt die Sache eines jeden Wissenschaftlers. -st-

*(26)

Aufgaben der Sozialwissenschaften

Von offizieller Seite ist man mit dem gegenwärtigen Zustand der Sozialwissenschaften nicht zufrieden. Die sozialwissenschaftliche Forschung, so urteilte der stellvertretende Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften Liu Guoguang, halte nicht mit der Praxis Schritt. Derzeit habe sich die Forschung auf allen sozialwissenschaftlichen Gebieten von der auf dem XIII. Parteitag verkündeten Theorie leiten zu lassen, daß sich China im Anfangsstadium des Sozialismus befinde, um so die Forschung zu vertiefen; zugleich sollten relevante Themen erforscht werden, um die Theorie vom Anfangsstadium zu bereichern und weiterzuentwickeln.

Der Vizepräsident nannte drei Aufgaben, denen sich die Sozialwissenschaften zu widmen hätten:

1. Sie sollen die marxistische Theorie stärken, indem sie die Modernisierungs- und Reformpolitik theoretisch untermauern und so den Marxismus selbst weiterentwickeln.
2. Sie sollen praxisorientiert forschen, um Regierung, Behörden und Betriebe zu beraten.
3. Sie sollen dem Aufbau der "geistigen Zivilisation" dienen und alle hervorragenden kulturellen Errungenschaften des Altertums und des modernen Zeitalters, Chinas und des Auslands absorbieren und verarbeiten, um die Wertvorstellungen der Menschen, ihr ideologisches Bewußtsein und das nationale Bildungsniveau anzuheben.

Alle Institute der Akademie sind aufgerufen, die Besonderheiten des chinesischen Sozialismus (den "Sozialismus chinesischer Prägung") theoretisch zu untersuchen. Als konkrete Beispiele nannte der Vizepräsident u.a. die folgenden Forschungsthemen: "Der Weg des sozialistischen Aufbaus in rückständigen Ländern und das Anfangsstadium des Sozialismus in China", "Untersuchungen über die Klassenstruktur Chinas in der gegenwärtigen Phase", "Untersuchungen über die Reform des Staatseigentumsy-

stems", "Das Problem der Privatwirtschaft Chinas im gegenwärtigen Stadium", "Vergleichende Studien über Entwicklungsmodelle der ländlichen Wirtschaft Chinas". Selbstverständlich sollten die Institute der Akademie der Sozialwissenschaften nicht nur dazu da sein, praktische Probleme für die Regierung und die Ministerien, die ja ihre eigenen Forschungsorgane hätten, zu bearbeiten. Sie hätten schließlich darüber hinaus die Aufgabe, ihr eigenes Fach weiterzuentwickeln, deshalb sollten sie im Hinblick auf die Praxis nur wichtige theoretische und strategische Fragen bearbeiten.

Zum Schluß betonte der Vizepräsident, daß zur Überwindung der gegenwärtigen Stagnation in den Sozialwissenschaften auch hier die Reform des Wissenschaftssystems weiterzugehen habe. Die Reformmaßnahmen sollen die Stärkung der Führung bei gleichzeitiger Erweiterung der Kompetenzen der einzelnen Akademieinstitute sowie die Einführung wirtschaftlicher Hebel und von mehr Wettbewerb umfassen. (GMRB, 2.1.88)

Die den Sozialwissenschaften gestellten Aufgaben lassen erkennen, daß auch die sozialwissenschaftliche Forschung praxis- oder besser wirklichkeitsnah zu sein hat. Sollen die Naturwissenschaften und die Technik vor allem der Wirtschaft dienen, so sollen die Sozialwissenschaften auf die Gesellschaft gerichtet sein, d.h. konkret, sie sollen der Regierung und dem Volk dienen und die ideologischen Vorgaben theoretisch untermauern. Letztlich werden sie damit in den Dienst der gegenwärtigen Politik gestellt. Doch wie in den Naturwissenschaften ist in der Praxis auch bei den Sozialwissenschaften sog. Grundlagenforschung möglich. -st-

*(27)

Reform der Hochschulen

Vom 27.-30. Januar 1988 fand in Beijing eine nationale Arbeitskonferenz über die Hochschulbildung statt. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Frage, wie die Reform der Hochschulen zu beschleunigen ist. Bei einer Bestandsaufnahme über die Entwicklung der Hochschulen in den vergangenen neun Jahren wurde als Erfolg gebucht, daß sich die Zahl der regulären Universitäten und Hochschulen auf derzeit 1.063 erhöht habe, die Zahl der Studenten 1,96 Millio-

nen und die der Postgraduierten 120.000 erreicht habe; in diesen neun Jahren seien 2,7 Millionen Hochschulabsolventen und 80.000 Postgraduierte ausgebildet sowie 50.000 Studenten zum Studium ins Ausland geschickt worden. Auch in bezug auf die Hochschulforschung seien beachtliche Erfolge erzielt worden. Dennoch halte die Reform der Hochschulen nicht mit der Reform des Wirtschaftssystems Schritt, hieß es auf der Konferenz (vgl. RMRB, 28.1.88). Bemängelt wurden vor allem folgende Punkte:

- die Struktur der Hochschulbildung entspreche noch nicht den Anforderungen der Wirtschaft und Gesellschaft;
- die Qualität der Ausbildung, insbesondere das ideologische, politische und moralische Niveau der Studenten sowie ihre Fähigkeit zu praktischer Arbeit, entspreche nicht den Anforderungen der Reform und Öffnung; auch sei ein Teil der Studenten beim Studium zu wenig engagiert;
- das Verwaltungssystem sei zu schwerfällig;
- das Niveau einiger Hochschulen und Hochschullehrer sei zu niedrig.

Nach überwiegender Ansicht ist es zur Behebung dieser Mängel nötig, zunächst einmal das Selbstverantwortungssystem für die Universitäten und Hochschulen einzuführen. Weitere Reformmaßnahmen betreffen dann das Zulassungssystem, die Verteilung der Absolventen und die Einstellung von Dozenten und anderem Personal (ebd.).

Zum Abschluß der Konferenz sprach der amtierende Ministerpräsident Li Peng zu den Teilnehmern. Hauptaufgabe der Universitäten und Hochschulen sei es, so Li Peng, gut qualifizierte Fachleute für Wirtschaft und Gesellschaft auszubilden. Dabei komme es nicht nur auf die Studentenzahlen an, sondern auf die Qualität der Ausbildung und darauf, ob die Studenten nach ihrem Studium in der Gesellschaft Verwendung fänden. Er begrüßte, daß die Studenten in den letzten ein bis zwei Jahren durch die Teilnahme an praktischer Arbeit mehr Praxis- und Wirklichkeitsnähe an den Tag legten, und ermunterte sie, die Verbindung mit der Praxis und mit den Massen weiter zu halten. Auch die Betriebe und Einheiten rief er auf, mit den Universitäten und Hochschulen stärker zusammenzuarbeiten, um den Praxisbezug zu steigern.

Im übrigen setzte sich Li Peng auch für die anderen Aspekte der Reform der Hochschulen ein, z.B. für die Reform der Stellenzuweisung der Hochschulabsolventen. Sowohl die einstellenden Einheiten als auch die Studenten selbst müßten die Gelegenheit der Auswahl haben. Ferner befürwortete der amtierende Ministerpräsident die verschiedensten Stufen und Formen von Hochschulen. Nicht alle Hochschulen sollten die höchste akademische Stufe anstreben, sondern eine praxisnahe Spezialisierung behalten. Auch sollten neben den regulären Hochschulen andere Formen gefördert werden, wie Fern-, Abend- und Fernhochschulen. Die Hochschulen sollten seiner Meinung nach auch Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringen. Aus den Einnahmen könnten sie die Verbesserung ihrer Unterrichtsbedingungen sowie der Lebensbedingungen ihrer Dozenten finanzieren. Schließlich setzte sich Li Peng auch für die allgemeine Einführung des Verantwortlichkeitssystems der Universitätspräsidenten ein, das gegenwärtig erst probeweise praktiziert wird. Das Problem hierbei sei allerdings, wie nach Einführung des Verantwortlichkeitssystems die ideologisch-politische Arbeit der Hochschulen im Griff zu behalten sei. In dieser Hinsicht dürfe es zu keiner Zeit eine Lockerung geben. (RMRB, 31.1.88)

Alle auf der Konferenz angesprochenen Reformmaßnahmen sind seit Jahren im Gespräch und werden z.T. probeweise praktiziert. Die Schwierigkeit ihrer vollen Verwirklichung liegt darin begründet, daß man einerseits den Hochschuletat des Staates entlasten und deshalb die Kompetenzen der einzelnen Hochschulen (u.a. die Möglichkeit, Eigeneinnahmen zu erzielen) erweitern möchte, andererseits aber die ideologische Kontrolle über sie behalten will. -st-

*(28)

Shanghaier Hochschulen an der Spitze der Reformen

In bezug auf die Reform der Hochschulen sind die Shanghaier Universitäten und Hochschulen am weitesten vorangeschritten. Die erfolgreichen Reformmaßnahmen wurden im Januar in drei Folgen in der *Volkszeitung* beschrieben.

In der ersten Folge (RMRB, 19.1.88) wird dargestellt, daß das hergebrachte System der staatlichen

Stellenzuweisung für Hochschulabsolventen in Shanghai immer mehr zurückgedrängt wird und an den Shanghaier Hochschulen in zunehmendem Maße ein "Markt für Fachleute" entsteht. Das bedeutet, daß sich die einstellenden Einheiten die für sie geeigneten Absolventen aussuchen und die Studenten sich um die für sie passendsten Stellen bewerben können, d.h. in die Stellenvermittlung ist der Wettbewerb als neues Element eingeführt worden. Die Shanghaier Universitäten und Hochschulen propagieren inzwischen, daß sie nicht mehr das System der Arbeitsplatzgarantie praktizieren, sondern daß die Besten ausgewählt und empfohlen werden. Die Shanghaier Jiaotong-Universität beispielsweise wurde vom Staatsrat ausgewählt, das neue Stellenvermittlungssystem für ihre Absolventen auszuprobieren. Seit 1985 wird dort nach der Methode verfahren, daß einstellende Einheiten Fachleute anfordern, die Universität geeignete Absolventen empfiehlt und sich diese bei der einstellenden Einheit vorstellen. Nach dieser Methode wurden 1987 bereits 50% der Absolventen in Stellen vermittelt. Die neue Methode wird von allen Seiten begrüßt, und der Erfolg hat die Fudan-Universität veranlaßt, sich bei der Staatlichen Erziehungskommission darum zu bewerben, das neue System ebenfalls ausprobieren zu dürfen. Die Jiaotong-Universität hat kundgetan, daß es für die Absolventen des nächsten Jahres keine Arbeitsplatzgarantie mehr geben werde.

Der Erfolg dieses Stellenvermittlungssystems liegt unter anderem darin, daß sich die Hochschulen in der Lehre mehr auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und Gesellschaft einstellen, weil ihnen daran gelegen ist, möglichst allen ihren Studenten Stellen zu verschaffen. Viele Studenten ihrerseits versuchen von sich aus, ihre Kenntnisse zu erweitern, indem sie beispielsweise Fremdsprachen, Außenhandel, Management u.ä. als Wahlfächer zusätzlich belegen, um ihre Chancen bei der Stellensuche zu erhöhen.

Die zweite Folge (RMRB, 22.1.88) schildert die Erfolge der Shanghaier Universitäten und Hochschulen bei der Erzielung von Eigeneinnahmen. Diese Reform, die es den Hochschulen gestattet, Profite zu machen, hat ihre Ursache darin, daß der Staat nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher finanzielle Mittel für die Hochschulen zur

Verfügung stellen kann und diese daher größere finanzielle Unabhängigkeit erlangen sollen. Nach Angaben des Wissenschaftlich-technischen Dienstleistungszentrums der Shanghaier Hochschulen haben die Hochschulen der Stadt zwischen 1981 und 1987 insgesamt folgende Dienstleistungen erbracht: Sie haben 1.762 Forschungsergebnisse abgetreten, 3.813 Gemeinschaftsprojekte fertiggestellt und für 400.000 Angestellte der verschiedensten Einheiten Weiterbildung durchgeführt. Die Gesamteinnahmen daraus beliefen sich auf 270 Millionen, der Reinertrag auf 140 Mio.Yuan. Davon sind gut 39 Mio.Yuan als Zuschüsse und Prämien an Dozenten und Kader und gut 100 Mio.Yuan in die Etats der Hochschulen geflossen.

In welchem Maße sich die finanzielle Lage der Universitäten dadurch bessert, zeigt das Beispiel der Tongji-Universität. Deren Dienstleistungen brachten ihr 1985 zusätzlich 44%, 1986 bereits 63% der staatlichen Zuwendungen ein. Eine Reihe von Hochschulen hat auch Betriebe gegründet, mit denen sie beträchtliche Einnahmen erzielen und damit ihre Finanzlöcher stopfen können. Freilich werden die Dienstleistungen, so heißt es weiter, nicht nur um des Profits willen angeboten, sondern es werden dadurch auch die Verbindungen zwischen Hochschule und Gesellschaft gestärkt, und zwar zum beiderseitigen Nutzen. Kritischen Einwänden, daß durch die wirtschaftlichen Aktivitäten Lehre und Forschung an den Hochschulen beeinträchtigt würden, wird entgegengehalten, daß selbst 1985, dem Jahr mit den meisten Dienstleistungen, diese Art von Aktivitäten nur 10% der gesamten Arbeitszeit der Hochschullehrer in Anspruch genommen habe. Selbst wenn 15-20% der Arbeitszeit für Dienstleistungen aufgewendet würden, könne dies weder die Lehre noch die Fertigstellung von Forschungsprojekten beeinträchtigen.

Die dritte Folge (RMRB, 27.1.88) dreht sich um die Einführung des Verantwortlichkeitssystems in den Hochschulen. Auf diesem Gebiet ist die Reform bisher am wenigsten vorangekommen, aber das liegt nicht an den Shanghaier Hochschulen, sondern dem Bericht zufolge an der übergeordneten Verwaltung. Ende 1979, so berichtet der Reporter, hätten vier Shanghaier Universitätspräsidenten zum erstenmal die Forderung erhoben, den Hochschu-

len mehr Verantwortung zu geben. Inzwischen haben die Universitäten zwar mehr Kompetenzen als damals, aber in Shanghai ist man dennoch unzufrieden über den immer noch herrschenden Mangel an Entscheidungsfreiheit. Wenn die Ostchinesische Pädagogische Hochschule z.B. ein neues Fach einführen will, und sei es nur in der Abendhochschule, dann muß sie in jedem Fall die Genehmigung der Behörden einholen. Auch über die Verwendung der Eigeneinnahmen können die Universitätspräsidenten nicht selbständig entscheiden. Die Erziehungsbehörden entscheiden zu viel, und die Universitätspräsidenten haben zu wenig Handlungsspielraum, so wird geklagt.

Als Hauptgrund für die unzureichenden Kompetenzen werden das Fehlen gesetzlicher Regelungen und die Kompetenzstreitigkeiten der Behörden untereinander genannt. Wenn eine Behörde Zuständigkeiten delegiert, so kann eine andere Behörde sie zurücknehmen usw. Die Verwaltungsreform der Universitäten bezieht sich bisher nur auf die Umstrukturierung der Zuständigkeiten innerhalb der Hochschulen, betreffen jedoch nicht das System der Erziehungsverwaltung selbst. Deshalb plädieren die Shanghaier Hochschulen entschieden für die Erweiterung ihrer Kompetenzen. Sie fordern eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Regierung und Hochschulen. Die Regierung und Erziehungsbehörden, so meinen sie, sollen über das Mittel der Gesetzgebung, Finanzen und der Leitpläne den Hochschulen gegenüber Entscheidungsbefugnis sowie Aufsichts- und Koordinierungsaufgaben wahrnehmen, und alles, was die Behörden nicht verwalten sollten, nicht gut verwalten und nicht verwalten können, soll den Hochschulen selbst überlassen werden. Auf diese Weise würden der routinemäßige und mechanische Arbeitsstil der Behörden und der Bürokratismus abgebaut.

Nach den Erfahrungen und dem Stand der Reform an den Shanghaier Universitäten und Hochschulen zu urteilen, scheinen zwei Reformkomplexe, nämlich das neue System der Stellenvermittlung für Hochschulabsolventen und die Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaft zum Zwecke der Erzielung von Eigeneinnahmen, keine Probleme grundsätzlicher Art aufzuwerfen. Dementsprechend ist die Reform auf diesen beiden Gebieten in Shanghai auch am weite-

sten gediehen. Anders steht es mit der Einführung des Verantwortlichkeitssystems an den Hochschulen. Ihre Kompetenzerweiterung würde einen Machtverlust für den Staat auf einem Gebiet bedeuten, das von jeher der staatlichen Kontrolle unterstand. Die Kontrolle über die Ausbildungsstätten des akademischen Nachwuchses zu behalten bedeutet ideologische Kontrolle ausüben zu können, und daran ist dem Staat in erster Linie gelegen. -st-

*(29)

Reform der medizinischen Ausbildung gefordert

Das Medizinstudium ist zu kurz, die staatlichen Zuwendungen sind zu gering, und der Bedarf an Medizinern ist sehr groß, insbesondere auf dem Lande. Dies ist das Fazit, das auf einer nationalen Konferenz über die medizinische Hochschulbildung Ende Januar 1988 gezogen wurde. Gegenwärtig, so hieß es, gibt es auf dem Lande pro Tausend Einwohner nur 0,32 Mediziner; auch an medizinisch-technischem Personal fehle es. Um dieses Verhältnis bis Ende des Jahrhunderts auf 0,5 zu erhöhen, müßten in den nächsten zehn Jahren 200.000 Mediziner ausgebildet werden. Aufgrund der derzeitigen Ausbildungskapazität können jedoch pro Jahr nur 40.000 Studenten neu in die medizinischen Hochschulen und Fachschulen aufgenommen werden. Von ihnen würden nach dem Examen nur 20-30.000 tatsächlich den Arztberuf ausüben, und darüber hinaus würden sie zumeist in den Städten eingesetzt. Im übrigen habe die Erfahrung gezeigt, daß die Ausbildung an den medizinischen Fachschulen den Bedürfnissen auf dem Lande durchaus entspräche. Deshalb wurde dafür plädiert, die medizinischen Fachschulen noch über einen längeren Zeitraum bestehen zu lassen und nicht in die medizinischen Hochschulen zu integrieren. Ferner wurden die medizinischen Hochschulen aufgerufen, speziell für den Bedarf auf dem Lande Fachkurse einzurichten oder Zweigstellen auf dem Lande zu gründen. (RMRB, 30.1.88)

Ein wichtiger Grund für den Mangel an Medizinern auf dem Lande dürfte in der Abschaffung der sog. Barfußärzte in der nachmaoistischen Zeit liegen. Als Reaktion auf die kulturevolutionären Verhältnisse wurden wieder Fachausbil-

dung und fachliche Kompetenz betont. Dies ist auch heute der Fall. Um allerdings angesichts des großen Mangels an Ärzten auf dem Lande eine größere Zahl an Medizinern ausbilden zu können, will man die kürzere Ausbildung an den medizinischen Fachschulen weiter fördern. An ihnen werden zwar keine Vollmediziner ausgebildet, aber zur Deckung des dringenden Bedarfs auf dem Lande erfüllen fachlich gut geschulte Kräfte der mittleren Ebene den gleichen Zweck. -st-

*(30)

Hauptprobleme der Lehrerbildung

Das begrenzte Lehrkräfteangebot in China stellt das Haupthindernis für die zügige Einführung der neunjährigen Schulpflicht dar. Dabei spielen sowohl quantitative als auch qualitative, nicht zuletzt aber auch geographische Aspekte eine Rolle. In einem Artikel in der *Guang-ming-Zeitung* wurden kürzlich (13.1.88) die beiden erstgenannten Aspekte als Hauptprobleme dargestellt und analysiert.

Zum quantitativen Aspekt wird bemerkt, daß an Grundschullehrern im Grunde schon kein Mangel mehr besteht. Das Problem bei den Grundschullehrern sei jedoch, daß ein großer Teil von ihnen nicht genügend qualifiziert sei. Generell, so heißt es, werde der Bedarf an Grundschullehrern aufgrund der Familienplanungspolitik allmählich abnehmen. Bereits in den vergangenen Jahren sei die Zahl der Grundschüler merklich gesunken; während sie 1975 noch 150 Millionen betragen habe, habe man im Jahre 1986 nur noch 130 Millionen Grundschüler gezählt. Im gleichen Zeitraum, da sich die Zahl der Grundschüler um 20 Millionen verringerte, habe die Zahl der Grundschullehrer um 200.000 zugenommen. Obwohl man in den kommenden Jahren noch einige Spitzenjahre in bezug auf die Zahl der Schulanfänger erleben werde, werde die Zahl der Grundschüler generell immer weiter abnehmen. Bis zum Jahr 2000 schätzt man die Zahl der Grundschullehrer auf 6 Millionen und die der Grundschüler auf etwa 110 Millionen, d.h. das Lehrer-Schüler-Verhältnis würde dann unter 1:20 betragen.

In dieser Argumentation wird vom Erfolg der bisherigen Familienplanungspolitik ausgegangen. Es scheint jedoch mehr als fraglich,

ob die Abnahme der Zahl der Grundschüler zwischen 1975 und 1986 allein der Familienplanung zuzuschreiben ist. Es ist allgemein bekannt, daß im Zuge der Einführung des Selbstverantwortungssystems in der Landwirtschaft ein großer Teil der Kinder auf dem Lande nicht in die Schule geschickt wurde, um deren Arbeitskraft auf dem Felde zu nutzen. Wenn auch dieser Trend inzwischen aufgehalten zu sein scheint, so muß er für die Vergangenheit doch als eine wesentliche Ursache für das Sinken der Schulanfängerzahl angesehen werden. Im übrigen rechnen Bevölkerungsexperten bis ins nächste Jahrhundert hinein aufgrund der Bevölkerungsstruktur mit einer Zunahme der absoluten Bevölkerungszahl. Berücksichtigt man ferner, daß bis Ende der neunziger Jahre auch die allgemeine Schulpflicht landesweit verwirklicht sein soll, so ist nicht ganz begreiflich, wieso die Zahl der Grundschüler tendenziell weiter abnehmen und die Zahl der Grundschullehrer ausreichend sein soll. Wie dem auch sei, dem Argument, daß die Qualifikation das Hauptproblem bei den Grundschullehrern sei, ist zweifellos zuzustimmen.

Ein quantitativer Mangel wird in der Analyse hingegen bei den Mittelschullehrern für die Unterstufe (Sekundarstufe I) festgestellt. Gegenwärtig, so heißt es, gebe es 2,24 Millionen Mittelschullehrer für die Sekundarstufe I. Bei einer Schülerzahl der Sekundarstufe I von 41 Millionen betrage das Lehrer-Schüler-Verhältnis derzeit 1:18,3. Mit der Einführung der neunjährigen Schulpflicht werde sich der Anteil der Grundschüler, die auf die Mittelschule gehen, von gegenwärtig 68% auf über 95% erhöhen. Entsprechend dem Ansteigen der Schülerzahl werde also ein großer Bedarf an neuen Mittelschullehrern entstehen. Dieser werde sich bis zum Jahr 2000 auf 2 Millionen belaufen. Bei der gegenwärtigen Ausbildungskapazität werde man aber bis dahin lediglich 1,4 Millionen neue Mittelschullehrer ausbilden können, d.h. der Bedarf kann bei weitem nicht befriedigt werden. Hier gilt es also die Lehrerausbildung auf Hochschulebene weiter auszubauen (nach den neuen Bestimmungen müssen Mittelschullehrer ein Hochschulstudium absolviert haben).

Zu dem rein quantitativen Aspekt kommt bei den Mittelschullehrern die sehr ungleiche fachliche Ausrichtung hinzu, die Probleme

schafft. Hauptfächer wie Mathematik, Physik, Chemie und Chinesisch seien in der Lehrerausbildung relativ gut abgedeckt, aber in Fächern wie Musik, Sport, Kunst, Biologie und Politik herrsche ein empfindlicher Mangel. In einigen Provinzen fehlten 70-90% Fachlehrer für Musik, Sport, Kunst, Biologie, Geographie und Politik, in ländlichen Mittelschulen gebe es teilweise gar keinen Musik-, Sport- und Kunstunterricht. Empfohlen wird daher, mehr Studenten in die Pädagogischen Hochschulen aufzunehmen und dabei zugleich auf die fachliche Ausrichtung zu achten.

Das zweite Hauptproblem ist die unzureichende Qualifikation eines großen Teils der Lehrerschaft. Der Analyse zufolge sollen etwa 30% der Grundschullehrer und 50% der Mittelschullehrer für die Sekundarstufe I nicht ausreichend qualifiziert sein. Sie müssen sich einer Fortbildung unterziehen, um einen entsprechenden Qualifikationsnachweis zu erlangen. (Eine diesbezügliche probeweise Verfügung wurde bereits im Herbst 1986 erlassen, vgl. C.a. 1986/10, Ü 26.) Darüber hinaus wird gefordert, die Ausbildung neuer Lehrer an den pädagogischen Schulen entsprechend den qualitativen Ansprüchen zu gestalten. Vor allem komme es darauf an, die Pädagogikstudenten auf ihre künftige Lehraufgabe vorzubereiten, d.h. der Schwerpunkt sei auf die Pädagogik und nicht auf die Wissenschaft zu legen. Der Tendenz, aus den Pädagogischen Hochschulen Universitäten zu machen, müsse entgegengewirkt werden. Die Lehrerbildung müsse auf breites und vielseitiges Wissen und insbesondere bei den Grundschullehrern mehr auf Breite als auf das Fachliche angelegt sein. Und schließlich dürften die Absolventen der Pädagogischen Hochschulen den Lehrerberuf nicht als vorübergehend ansehen und sich nach einer anderen Arbeit umsehen, sondern müßten im Lehrerberuf bleiben.

Bei der Versorgung des Landes mit Lehrern spielen auch geographische Gründe eine Rolle, denn es ist eine Tatsache, daß besonders in den von nationalen Minderheiten bewohnten Gegenden ein akuter Lehrermangel herrscht. An ihm scheitern alle Bemühungen, die neunjährige Schulpflicht einzuführen. Da die Minderheitsgebiete zumeist in wenig erschlossenen, grenznahen oder gebirgigen Gegenden liegen, ist es sehr schwer, Lehrer für diese

Außenwirtschaft

Gegenden zu bekommen. Auch die Methode, verstärkt Bewerber aus Minderheitengebieten in die Pädagogischen Hochschulen aufzunehmen mit der Maßgabe, daß sie nach dem Studium in ihre Heimatorte zurückkehren, hat nicht sehr viel gefruchtet, weil ein großer Teil dieser Studenten nicht bereit dazu ist. Um Abhilfe zu schaffen, hat die Staatliche Kommission für Nationalitätenangelegenheiten beschlossen, eine dem Nationalitäteninstitut in Beijing angeschlossene Mittelschule in eine Lehrerbildungsanstalt umzuwandeln. Für die Lehrerausbildung an dieser Institution sollen pensionierte Beijinger Lehrer gewonnen werden. (XNA, 13.1.88) -st-

* (31) Filmproduktion 1987

In China wurden im vergangenen Jahr 140 Spielfilme produziert. Insbesondere in qualitativer Hinsicht ist man mit dieser Leistung sehr zufrieden und meint, im letzten Jahr große Fortschritte gemacht zu haben. Ein Viertel der 140 Filme wird als wertvoll erachtet. Der Direktor des Filmamtes unter dem Ministerium für Radio, Film und Fernsehen lobte vor allem die große Variationsbreite der Filme und die Sorgfalt der Produktion. In bezug auf Themen und Ausdrucksmittel sei eine große Vielfalt zu verzeichnen. Als Beispiele für besonders gelungene Filme nannte er "Befreiung" (Jiefang), "Der alte Brunnen" (Lao jing), "Rote Hirse" (Hong gaoliang) und "Der letzte Rasende" (Zuihou de fengkuang). Auch international habe der chinesische Film Anerkennung gefunden. So habe China im vergangenen Jahr an 89 internationalen Filmfestspielen teilgenommen. Dabei seien 12 Spiel- und 23 Kurzfilme auf 28 Filmfestivals ausgezeichnet worden. Darunter habe allein der Film "Der alte Brunnen" auf zwei Filmfestivals 5 Auszeichnungen gewonnen (der Film erhielt in Japan und in den USA Filmpreise). Für dieses Jahr sind mehrere Filme mit Themen aus der jüngeren Geschichte geplant, u.a. über die Verhandlungen in Chongqing, über große Schlachten und über das Treffen zwischen Mao Zedong und Nixon im Jahre 1972. Diese Filme werden schon im Hinblick auf die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Volksrepublik gedreht. (RMRB, 9.1.88) -st-

* (32) Bilanz der Außenwirtschaft stabilisiert

Chinas Außenwirtschaftsbilanz hat sich 1987 deutlich stabilisiert. Nach den in Beijing veröffentlichten Teilergebnissen wurde der günstige Trend im Außenhandel, der durch überproportionale Steigerung der Exporte gekennzeichnet ist, ergänzt durch eine neuerliche Zunahme der - noch 1986 stark rückläufigen - ausländischen Direktinvestitionen. Dennoch sah Außenhandelsminister Zheng Tuobin keinen Grund zur Selbstzufriedenheit und zum übertriebenem Optimismus. Er wies darauf hin, daß Chinas Anteil von nur 1,5% am gesamten Exportaufkommen der Welt gemessen an der Größe des Landes und seinem Devisenbedarf keineswegs befriedigend sei. Gleichzeitig forderte er zu größeren Anstrengungen auf, um China als Billiglohnland für Investoren attraktiver zu machen. Die Volksrepublik dürfe nicht den gleichen Fehler machen wie Anfang der 1970er Jahre und es wieder verpassen, aus diesem sich gegenwärtig vollziehenden zweiten internationalen Umstrukturierungsprozeß Vorteile zu ziehen. In der weltweiten Verteilung von Direktinvestitionen entfällt auf die Volksrepublik vorläufig nur 1%.

Als bemerkenswertestes Ergebnis sticht aus den veröffentlichten Zahlen die nachhaltige Verbesserung im Außenhandelssaldo hervor, die Beijing ermutigen dürfte, die Bremsen beim Technologieimport für den Rest der laufenden Planperiode wieder etwas zu lockern.

Während die amtliche Zollstatistik für 1987 ein Defizit von 3,94 Mrd. US\$ ausweist, kommt das Außenwirtschaftsministerium sogar auf einen Überschuß von 1,86 Mrd. US\$, der erste Überschuß seit 1983. Da die Statistik des Ministeriums sich offenbar mehr an Plangrößen orientiert und außerdem bei den Einfuhren bestimmte Posten (z.B. die zur Herstellung von Exportgütern bestimmten Rohstoff- und Komponenteneinfuhren) außer acht läßt, erscheinen die Zahlen der Zollbehörden zuverlässiger.

Danach weiteten sich im Vergleich mit dem Vorjahr die Einfuhren 1987 um 2,2% auf 43,86 Mrd. US\$ und die Exporte um 29% auf 39,92 Mrd. US\$ aus.

Bei der Struktur der Exportgüter zeigt sich ein allmählicher Wandel zugunsten von industriellen Fertigwaren, die 1987 bereits 65,5% der gesamten Exporte ausmachten. Wo das Land die Schwerpunkte setzt, läßt sich an den neuen, in diesem Jahr zur Einführung vorgesehenen Exportförderungsmaßnahmen ablesen. So sollen die Branchen Elektronik (vornehmlich Haushaltsgeräte), Bekleidung und Maschinenbau mit den höchsten Raten (zwischen 50% und 100%) an den von ihnen erwirtschafteten Devisenerlösen beteiligt werden. Im weiteren Verlauf der Außenhandelsreform ist zudem geplant, den Zwittercharakter der staatlichen Import-Export-Gesellschaften zwischen administrativen Organen und Wirtschaftsunternehmen zu beseitigen und sie in kommerziell eigenverantwortliche Betriebseinheiten zu verwandeln.

Nach dem Einbruch des Jahres 1986, in dem sich der Zufluß bei den vertraglich neu zugesagten ausländischen Direktinvestitionen gegenüber dem Vorjahr fast halbiert hatte, vermeldet das Ministerium für 1987 wieder einen Anstieg um 30% auf insgesamt 3,68 Mrd. US\$, die sich auf 2.230 Joint Ventures und andere Kooperationsprojekte verteilen. Tatsächlich genutzt wurden im gleichen Jahr indessen nur Projekte in Höhe von 1,9 Mrd. US\$ (+1,3%). Die negativen Erfahrungen, die westliche Unternehmer seit dem Beginn der Öffnungspolitik in China machten (Rechtsunsicherheit, überhöhte Arbeitslöhne, gewichtige Exportauflagen), dürften erklären, daß das Volumen der Neuzusagen noch lange nicht wieder das Niveau von 1985 (6,3 Mrd. US\$) erreicht hat. In den nur sehr globalen Angaben über die Herkunftsländer hob das Ministerium die Rolle der USA und Japans hervor, welches letzteres nach langer Zurückhaltung wieder aktiv investiert.

Um technisches Know-how auch an der Quelle zu erwerben, tritt die Volksrepublik in bescheidenem, aber zunehmendem Umfang seit einigen Jahren selbst als Investor im Ausland auf. Nach der offiziellen Statistik stieg die Volksrepublik 1987 weltweit in 124 Joint Ventures in Industrie, Landwirtschaft und Handel ein und investierte dabei insgesamt 350 Mio. US\$. (XNA, 14.1.88; NZZ, 27.1.88) -lou-